

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 19.7.2012

C(2013) 4644 final

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

die Kommission dankt dem Bundesrat für seine Stellungnahme zum Grünbuch über unlautere Handelspraktiken in der B2B-Lieferkette für Lebensmittel und Nicht-Lebensmittel in Europa (COM(2013) 37 final).

Sie begrüßt die Unterstützung des Bundesrates für das auf der Grundlage des Grünbuchs in die Wege geleitete Konsultationsverfahren.

Die Kommission nimmt die Auffassung des Bundesrates zur Kenntnis, dass gegen unlautere Handelspraktiken in der B2B-Lieferkette mit den bestehenden Mitteln des Zivil- und Strafrechts in Deutschland in ausreichendem Maße vorgegangen werden kann und daher kein Bedarf an Maßnahmen auf europäischer Ebene besteht. In der Tat soll mit der Grünbuch-Konsultation unter anderem anhand eines breiten, EU-weiten Feedbacks der betroffenen Wirtschaftsteilnehmer ermittelt werden, ob die einzelstaatlichen Vorkehrungen gegen unlautere Handelspraktiken ausreichen. Außerdem wird im Grünbuch untersucht, inwieweit unterschiedliche Regulierungsmechanismen auf nationaler Ebene den Binnenmarkt beeinträchtigen. Aus dem bisherigen Echo der Betroffenen lässt sich ablesen, dass unlautere Handelspraktiken zumindest in einigen Mitgliedstaaten ein erhebliches Problem darstellen, das mit den nationalen Rahmenregeln nicht ausreichend angegangen wird.

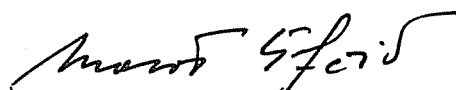
Die Kommission nimmt auch die Besorgnis des Bundesrates zur Kenntnis, dass mit einem etwaigen Vorschlag neue Verwaltungshürden auf nationaler Ebene geschaffen oder bestehenden Behörden zusätzliche Aufgaben zugewiesen werden könnten. Allerdings hat die Kommission noch kein abschließendes Bild über Umfang und Schwere der aus unlauteren Handelspraktiken resultierenden Probleme gewonnen. Erst wenn die Ergebnisse der Grünbuch-Konsultation ausgewertet sind, kann sie darüber befinden, ob eine Maßnahme auf EU-Ebene erforderlich ist und welche politische Option sinnvoll ist. Dabei käme

*Herrn Winfried KRETSCHMANN
Präsident des Deutschen Bundesrats
Leipziger Straße 3 - 4
D - 10117 BERLIN*

gegebenenfalls eine große Bandbreite alternativer Lösungen in Frage, unter anderem auch eine Selbstregulierung auf europäischer Ebene. Selbstverständlich würde einem etwaigen Kommissionsvorschlag eine gründliche Folgenabschätzung vorausgehen, bei der auch mögliche zusätzliche Verwaltungslasten für die Mitgliedstaaten und die Wirtschaft geprüft würden.

Die Kommission hofft, dass diese Erläuterungen zu einer Klärung der vom Bundesrat angesprochenen Punkte beitragen, und sieht der Fortsetzung des konstruktiven politischen Dialogs erwartungsvoll entgegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Maroš Šefčovič
Vizepräsident